

Herr Strausfeld nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Man begrüße ausdrücklich das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. In dieser Frage sei die Umsetzung aber problematisch. Der Rat umfasse in Eitorf 46 Mitglieder. Dies bedinge ohnehin schon ein hohes Aufkommen an Aufwandsentschädigungen. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzende würde rund 23.000 Euro im Jahr ausmachen. Die Mehrausgaben seien für vier bis sechs Sitzungen im Jahr nicht zu rechtfertigen, zumal man 15.000 Euro im Jahr an Sportstättennutzungsgebühr vereinnahme. Aus diesen Gründen stimme man der Änderung der Hauptsatzung wie vorgeschlagen zu.

Frau Zorlu erklärt, dass die SPD-Fraktion hinsichtlich der Beschlussempfehlung rechtliche Bedenken habe. Hier werde eine Ausnahme zur Regel gemacht. Eine Änderung der Hauptsatzung sei ein Beschluss von besonderer Bedeutung. Aus den Gründen stimme man nicht zu.

Nachdem aus den übrigen Fraktionen Zustimmung zur Beschlussvorlage signalisiert wird, lässt der Bürgermeister abstimmen.